

Mehr Demokratie an der Uni wagen - AG Grundordnung nicht sabotieren!

Antragstellerin: Grüne Hochschulgruppe

Datum: 14.12.2011

Die Einrichtung der AG Grundordnung durch den Akademischen Senat war ein längst überfälliger Schritt hin zu einer hoffentlich demokratischeren Universität. Das Studierendenparlament erwartet von der AG und vom Akademischen Senat, dass der Prozess nicht weiter verzögert wird und sich die FUB bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode Wahl eine Grundordnung gibt. Leider wurde bereits an folgenden Stellen gegen die Gepflogenheiten der akademischen Selbstverwaltung verstoßen:

- Die 3 Präsidiumstragenden professoralen Listen besetzten die vier professoralen Plätze in der AG ohne die präsidiumskritische Liste "Exzellenz und Transparenz" zu berücksichtigen. Vertreter dieser Liste von Ex-Präsidentschaftskandidaten Raul Rojas wurden im Vorfeld von Vertretern der "Vereinten Mitte" über die anstehende Wahl falsch informiert und bei der Benennung im Akademischen Senat von Präsident Alt über das Wahlverfahren getäuscht.
- Die konstituierende Sitzung der AG Grundordnung wurde in die akademischen Ferien auf den 21.12.2011 gelegt um ein für das Präsidium günstigeres Mehrheitsverhältnis für die Wahl des Vorsitizes zu erreichen oder eine weitere Verschiebung ins neue Jahr zu provozieren.

Das Studierendenparlament fordert das Präsidium der FU und die ihn tragenden professoralen Wahllisten "Vereinte Mitte", "Liberale Aktion" und "Demokratisch-Plural-Dienstagskreis" auf diesen Weg kooperativ zu unterstützen und nicht zu behindern. Das StuPa fordert den AS und die AG Grundordnung auf, ganz oder teilweise Öffentlichkeit in der AG Grundordnung herzustellen. Dies könnte zum Beispiel durch öffentliche Sitzungen oder öffentlich veranstaltete Diskussionsforen erreicht werden, damit die vielfältigen Meinungen in der Studierendenschaft, wie in anderen Statusgruppen zu berücksichtigt werden kann.

Das Studierendenparlament erwartet sich vom Grundordnungsprozess folgende Veränderungen und sieht sich dabei in Übereinstimmung mit den hochschulpolitischen Forderungen des Bildungsstreik 2009/2010 sowie der jüngsten Proteste 2011:

- Einführung einer Zivilklausel, das heißt die Festlegung aller Forschung auf nicht-militärische Zwecke.
- Einrichtung eines viertelparitätischen Grundordnungsgremium.
- Stärkung des Akademischen Senats bei der Beschlussfassung des FU Haushalts.
- Festlegung eines transparenten und demokratischen Verfahrens bei der Wahl der/des Präsident_in
- Festlegung eines transparenten und konsistenten Auswahlverfahrens für die Auswahl der nichtuniversitären Mitglieder des Kuratorium z.B. durch eine Auswahlkommission oder öffentliche Anhörungen.
- Festlegung auf das Selbstbenennungsverfahren der Statusgruppen für alle Kommissionen.
- Einrichtung einer Personalkommission u.a. zur Entwicklung des Strukturplans mit festgelegten Aufgaben und Beteiligungen.

Begründung:

mündlich